Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (CR/JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Donald Trump begründet gestoppten Iran-Angriff mit zu hoher Opferzahl
2. Lübcke-Mord
3. Oskar Lafontaine in Ramstein
4. Forget Bernie vs. Warren. Focus on Growing the Progressive Base and Defeating Biden
5. Das Märchen von den Spitzenkandidaten
6. Der griechische Kanarienvogel
7. 22 Millionen Millionären gehört die Hälfte des weltweiten Vermögens
8. Quandt-Familie will BMW vor fremden Investoren schützen
9. „Ein vergiftetes Angebot" – Die Reaktionen auf den Mietendeckel der Deutsche Wohnen
10. No 417
11. Wir brauchen endlich mehr Personal im öffentlichen Dienst
12. Wie Deutschland im Kampf gegen Plastikmüll versagt
13. Die Justiz muss in der Pöbelhölle Internet für Ordnung sorgen
14. Mit einer Auflage trifft das Verwaltungsgericht das Neonazi-Festival schwer
15. Übersprungshandlungen
16. Vorsitzende Dreyer bekräftigt Anspruch der SPD aufs Kanzleramt
17. Die Grünen
18. Kein Krieg gegen den Iran!

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Donald Trump begründet gestoppten Iran-Angriff mit zu hoher Opferzahl**
   US-Präsident Donald Trump hat bestätigt, dass er einen militärischen Angriff auf den Iran kurzfristig gestoppt hat. Auf Twitter begründete Trump diese Entscheidung mit einer unverhältnismäßig hohen Zahl zu erwartender Opfer. Ein General habe ihn informiert, dass mit 150 Toten zu rechnen gewesen sei.
   Die Sanktionen gegen den Iran müssten bestehen bleiben, schrieb er weiter: Der Iran dürfe niemals Atomwaffen haben.

Der Militärschlag war nach Aussage Trumps als Reaktion auf den Abschuss einer US-amerikanischen Aufklärungsdrohne geplant gewesen. In der Nacht zum Donnerstag hatte der Iran eine unbemannte Drohne des US-Militärs mit einer Boden-Luft-Rakete abgeschossen. Die iranische Regierung gibt an, dass die Drohe in iranischen Luftraum eingedrungen sei. Nach Darstellung der US-Regierung befand sie sich hingegen über internationalen Gewässern. Irrtümlich nannte Trump in seinen Tweets den Montag als Zeitpunkt des Abschusses der Drohne. Er schrieb weiter, er habe "keine Eile", der iranischen Führung eine militärische Antwort zu geben. Das US-Militär sei einsatzbereit.
Dazu, welche Ziele im Iran angegriffen werden sollten, machte der US-Präsident keine Angaben. Die New York Times berichtete, der Militärschlag hätte sich gegen Radarstationen und Raketenbatterien im Iran richten sollen.
Quelle: Zeit Online

Anmerkung J.K.: *Da fällt einem nichts mehr ein und die Bundesregierung rührt in einer unglaublichen Unterwürfigkeit gegenüber der Kriegstreiberei der USA keinen Finger, die kommende Eskalation zu verhindern. Merkel als angeblich große Gegnerin Trumps, eigentlich nur noch zum Weinen.*

Anmerkung Jens Berger: *Beängstigend und verstörend ist auch, dass kein Leitartikler überhaupt noch die Idee kommt, die Handlungsoptionen der USA am Völkerrecht zu messen. Wir sprechen hier immerhin über einen nicht vom Völkerrecht gedeckten kriegerischen Akt.*

Dazu: „Iran hat keinen Jagdschein für den Nahen Osten"
Der Nationale Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, John Bolton, hat am Sonntag eine klare Warnung in Richtung Teheran ausgesprochen. „Unser Militär ist wieder aufgebaut, neu und jederzeit einsatzbereit, bei weitem das beste der Welt", sagte Bolton bei einem Treffen mit dem israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu in Jerusalem. Präsident Donald Trump habe einen geplanten Angriff auf Iran nur „zum gegenwärtigen Zeitpunkt" gestoppt, sagte Bolton.
Die Vereinigten Staaten werden laut Bolton weitere scharfe Sanktionen gegen Iran verhängen. „Iran darf nie Atomwaffen haben", sagte Bolton. Die Führung in Teheran dementiert Vorwürfe, sie strebe nach dem Bau einer Atombombe. Nach Angaben der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) hat Iran die Auflagen des Wiener Atomabkommens bislang nicht verletzt. Das Abkommen soll den Bau einer iranischen Atombombe verhindern.
Bolton warf Iran auch eine Destabilisierung der gesamten Nahost-Region vor. „Weder der Iran noch andere feindliche Akteure sollten die Vorsicht der Vereinigten Staaten

als Schwäche missverstehen“, sagte Bolton. „Niemand hat ihnen einen Jagdschein für den Nahen Osten ausgestellt.“
Quelle: Frankfurter Allgemeine

Anmerkung Christian Reimann: *Aber die USA dürfen offensichtlich einen „Jagdschein“ haben – und zwar nicht lediglich für den Nahen Osten, sondern für die ganze Erde, oder was möchte der Nationale Sicherheitsberater vom US-Präsidenten der Weltbevölkerung mitteilen? Rund um den Globus haben die USA ihre Soldaten stationiert. In etliche Konflikte sind die USA mittel- oder unmittelbar beteiligt. Ist daher der Gedanke, dass vielmehr die USA eine Politik der internationalen Destabilisierung betreiben, nicht naheliegend?*

2. **Lübcke-Mord**
   a. **Seehofer will Entzug von Grundrechten prüfen**
   Bundesinnenminister Horst Seehofer will als Konsequenz aus dem Mordfall Lübcke den Kampf gegen den Rechtsextremismus deutlich verstärken. Wenn sich die Annahmen im Fall des getöteten Kasseler Regierungspräsidenten bestätigten, „ist die Entwicklung brandgefährlich“, warnte der CSU-Politiker in den Zeitungen der Funke-Mediengruppe. Der Rechtsextremismus sei „zu einer echten Gefahr geworden“. Seehofer stellte den Rechtsextremismus auf eine Stufe mit dem islamistischen Terror und mit der Gefahr durch Reichsbürger.
   Prüfen will der Minister, Demokratiefeinden Grundrechte zu entziehen. Einen entsprechenden Vorstoß hatte der ehemalige CDU-Generalsekretär Peter Tauber unternommen. „Wir sind das Verfassungsressort. Wir werden die Möglichkeiten ernsthaft prüfen“, betonte Seehofer.
   In Artikel 18 des Grundgesetzes, der laut Tauber noch nie angewendet wurde, heißt es: „Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.“
   Quelle: Frankfurter Allgemeine

   Anmerkung unseres Lesers J.A.: *Das ist wirklich irre. Natürlich ist Rechtsextremismus nicht akzeptabel und würden Rechtsextreme gerne fremden Menschen die Rechte beschneiden – aber die Grundrechte heißen “Grundrechte”,*

weil sie das Fundament sind und für alle gelten, auch für Menschen, deren politische Einstellung einem nicht paßt. Für alles andere (Beleidigung, Bedrohung, Körperverletzung, Mord…) ist das Strafrecht zuständig, und zwar ebenfalls für alle Menschen gleichermaßen. Das letzte Mal, als Grundrechte für einzelne Gruppen (z. B. aufgrund der politischen Gesinnung) abgeschafft wurden, war 1933, und dahin wollen wir hoffentlich nicht zurück. Besonders schlimm, wo Seehofer als Innenminister das Grundgesetz schützen, nicht demontieren soll.

b. **Nach Lübcke-Mord: Seehofer und Maas warnen vor Rechtsterrorismus**
Sollten sich die Annahmen im Fall Lübcke bestätigen, sei die Entwicklung brandgefährlich, warnte Innenminister Seehofer von der CSU in den Zeitungen der Funke-Mediengruppe. Der Rechtsextremismus sei zu einer echten Gefahr geworden. Der Minister stellt den Rechtsextremismus dabei auf eine Stufe mit islamistischem Terror und der Gefahr durch Reichsbürger.
"Dieser Mord motiviert mich, alle Register zu ziehen, um die Sicherheit zu erhöhen." Bundesinnenminister Horst Seehofer, CSU
Seehofer erklärte weiter, es sei Pflicht, das Menschenmögliche zu tun, um jene zu schützen, die bedroht werden.
"Beleidigung, Verleumdung und Volksverhetzung gehören offline wie online verfolgt." Bundesinnenminister Horst Seehofer, CSU (…)
Ähnlich äußerte sich Außenminister Heiko Maas. Der SPD-Politiker schreibt in einem Gast-Beitrag für die Bild-Zeitung, der Lübcke-Mord erinnere ihn an die Mordserie des NSU. 80 Jahre nach Beginn des Zweiten Weltkriegs würden Politiker wegen ihrer Überzeugungen wieder Opfer von Rechtsterroristen. Das zeige, wovor viele auch jetzt noch die Augen verschlössen: Deutschland habe ein Terrorproblem.
Maas forderte, Rechtsterrorismus als solchen zu benennen und nicht von Einzelfällen oder Amokläufen zu sprechen. Der Außenminister rief dazu auf, auch im persönlichen Umfeld deutlich Stellung zu beziehen.
"Halten wir gegen, wenn Diskussionen in der Familie, im Freundeskreis, im Betrieb oder im Sportverein in dumpfe Vorurteile abgleiten! Das erfordert Mut und Haltung. Das ist anstrengend, aber es geht um unser Miteinander, um die Zukunft unserer Gesellschaft." Bundesaußenminister Heiko Maas, SPD
Quelle: BR

Anmerkung Jens Berger: *Wie passend. Der Eine verantwortet als Bundesinnenminister die vertuschte Verwicklung der Inlandsgeheimdienste in rechtsterroristische Strukturen, der Andere schüttelt als Außenminister*

lupenreinen Faschisten wie Bolsonaro die Hand – unglaubwürdiger kann ein Appell gegen Rechtsterrorismus kaum ausfallen.

Siehe dazu vor allem die Beiträge zum NSU-Komplex auf den NachDenkSeiten: Der NSU-Jahrhundertprozess und ein Scheinurteil.

c. **Lübcke stand auf Liste des NSU**
Der Name des mutmaßlich von einem Rechtsextremisten ermordeten Walter Lübcke findet sich auch auf einer Liste des "Nationalsozialistischen Untergrunds" (NSU). Die Rechtsterroristen führten den Kasseler Regierungspräsidenten in einer Liste mit 10.000 Namen von Personen und Objekten, die dem SPIEGEL vorliegt. Zunächst hatte der "Tagesspiegel" darüber berichtet.
Lübckes Name findet sich weiter hinten auf der Liste, in der das rechtsextreme Terrornetzwerk nach SPIEGEL-Informationen auch seine Privatanschrift sowie die Telefonnummer gespeichert hatte. Ob für den CDU-Politiker wegen dieses Eintrags eine Gefahr bestand, ist unklar. Der NSU war 2011 enttarnt worden, die massiven Anfeindungen aus dem rechten Milieu gegen Lübcke wegen seiner liberalen Haltung in Asylfragen begannen im Jahr 2015. Lübcke war seit Mai 2009 Regierungspräsident in Kassel.
Inzwischen prüft das Landeskriminalamt in Sachsen im Mordfall Lübcke mögliche Kontakte des Tatverdächtigen zur Neonazi-Szene im Freistaat, wie Landesinnenminister Roland Wöller sagte. "Wir müssen alle Anzeichen, alle Hinweise ernst nehmen", so der CDU-Politiker. "Rechtsextremistische Gruppierungen sind eine Gefahr und dem müssen wir frühzeitig entgegentreten."
Zuvor hatte die "Tagesschau" unter Berufung auf Recherchen des ARD-Magazins "Monitor" berichtet, dass der Tatverdächtige Stephan E. im März 2019 an einem Neonazitreffen im sächsischen Mücka teilgenommen haben soll. Dort soll er demnach zusammen mit Mitgliedern des Neonazi-Netzwerks "Combat 18" und der Neonazi-Vereinigung "Brigade 8" fotografiert worden sein.
SPD und Grüne forderten von Sachsens Innenminister Roland Wöller (CDU) rasche Aufklärung. Das Treffen in Mücka mit rund 200 Teilnehmern sei dem Verfassungsschutz in Sachsen bekannt gewesen, sagte ein Behördensprecher.
Auch das Innenministerium in Thüringen prüft mögliche Verbindungen, wie Innenminister Georg Maier (SPD) auf SPIEGEL-Anfrage bestätigte (…).
Quelle: Spiegel Online

d. **Sofortiges Verbot von „Combat 18" und Abzug aller V-Leute – neonazistische Terror-Struktur muss zerschlagen werden**

Nach einem Bericht des Magazins Monitor in Zusammenarbeit mit der Rechercheplattform EXIF soll mit Stephan E. der mutmaßliche Mörder des hessischen Regierungspräsidenten Walter Lübcke noch am 23. März 2019 an einem konspirativ organisierten Konzert im sächsischen Mücka teilgenommen haben, das auf „Combat 18“ zurückgeht. Die Veranstaltung zeigt die bundesweite Vernetzung der Gruppe, die sich auf die bereits im Jahr 2000 verbotene „Blood & Honour“-Organisation bezieht und als deren bewaffneter Arm gilt. Bei dem Veranstaltungsort handelt es sich um das „Clubhaus“ der ebenfalls bundesweit aktiven neonazistischen Rocker-Gruppierung „Brigade 8“. Neben Stephan E. beteiligte sich an der Veranstaltung u.a. Stanley R., der als einer der Anführer von „Combat 18“ gilt. Bereits im vergangenen Jahr hatte EXIF belegt, dass „Combat 18“ in mehreren Bundesländern ausgedehnte Strukturen aufbaut und mit Schusswaffen trainiert.
„Eine mögliche Mitgliedschaft von Stephan E., aber auch eine mögliche Verwicklung der Gruppe in den Mord an Walter Lübcke, müssen jetzt in den Mittelpunkt der Ermittlungen rücken. Die zuständigen Behörden in Bund und Ländern müssen sofort aktiv werden – hier ist Gefahr im Verzug. Geheimdienste müssen ihr Wissen umfangreich offenlegen und durch Abzug aller V-Leute den Weg frei machen, damit Quellenschutz nicht die Strafverfolgung hindert.
Uns ist unverständlich, warum nicht längst gehandelt wurde. Auch mögliche Verbindungen von Stephan E. und seinem politischen Umfeld zum NSU-Komplex müssen schleunigst ausgeleuchtet werden – hier sehen wir den Generalbundesanwalt gefordert. Mehrere Kontaktpersonen von E. waren bei den Ermittlungen zu der rassistischen Mordserie bekannt geworden. Deren Rolle könnte jetzt in einem neuen Licht erscheinen. Die Gefahr, dass sich erneut rechtsterroristische Strukturen ausbilden – oder sie weiterhin geschont bleiben – ist akut. Wir fordern auf zur Solidarität mit allen Betroffenen rechter Drohungen und Gewalt“, erklären die LINKE-Abgeordneten.
Quelle: Martina Renner

3. **Oskar Lafontaine in Ramstein**
   Heute morgen haben Sahra und ich uns mit Jürgen und Frederic Todenhöfer in München getroffen. Unser Thema: Auch wenn Trump in letzter Sekunde einen Militärschlag gegen den Iran abgesagt hat, wollen die Kriegsverbrecher Verteidigungsminister Mike Pompeo und Sicherheitsberater John Bolton trotz des Elends, dass sie in Afghanistan, im Irak, in Libyen und Syrien angerichtet haben, einen weiteren Krieg.
   Unsere Forderung: Die US-Militäreinrichtungen in Deutschland und der Luftraum über der Bundesrepublik dürfen nicht für weiteres völkerrechtswidriges Morden

genutzt werden. Es ist eine Schande, dass vor allem von Ramstein aus in aller Welt Menschen ermordet werden.
Kommt zur Kundgebung am Samstag, 29.Juni, in Ramstein. Ich spreche ab etwa 14.45 Uhr.
Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen!
Quelle: Oskar Lafontaine via Facebook

4. **Forget Bernie vs. Warren. Focus on Growing the Progressive Base and Defeating Biden**
A few days ago, I shared what I thought was a fairly innocuous observation about a fundamental difference between Elizabeth Warren and Bernie Sanders. Warren spends most of her campaign unpacking and explaining detailed policy proposals, many of them excellent, while Sanders splits his emphasis between his own strong plans and his calls for the political revolution he has consistently said will be required for any substantive progressive policy wins.
"Smart policies are very important," I tweeted. "But we don't lose because we lack smart policies, we lose because we lack sufficient power to win those policies up against entrenched elite forces that will do anything to defeat us."
Within seconds, I was in the grip of a full-on 2016 primary flashback. I was accused of being a shill for Bernie and an enemy of Warren (I'm neither). My feed filled up with partisans of both candidates hurling insults at each other: She gets things done, he is all talk; she's a pretender, he's the real deal; he has a gender problem, hers is with race; she's in the pocket of the arms industry, he's an easy mark for Donald Trump; he should back her because she's a woman, she should back him because he started this wave. And much more too venal to mention.
I immediately regretted saying anything (as is so often the case on that godforsaken platform). Not because the point about outside movement power is unimportant, but because I had been trying to put off getting sucked into the 2020 horserace for as long as possible.
Liberals in the U.S. often say the Trump presidency is Not Normal. And yeah, it's a killer-clown horror show. But the truth is that from most outsider perspectives, there is nothing about U.S. politics that is normal — particularly the interminable length of campaigns. Normal countries have federal elections that consume two, maybe three months of people's political lives once every four to five years; Canada caps federal campaigns at 50 days, Japan at 12. In the U.S., on the other hand, there's a total of about nine months in every four-year cycle when politics is not consumed by either a presidential or midterm horserace.
Quelle: Naomi Klein in The Intercept
5. **Das Märchen von den Spitzenkandidaten**

Nun ist das Spitzenkandidatenmodell, auf das sich das Europaparlament verständigt hatte, auch offiziell beerdigt. Weder Manfred Weber noch Frans Timmermans werden EU-Kommissionspräsident. Die Staats- und Regierungschefs können sich auf keinen von beiden verständigen und auch das EU-Parlament bekommt keine Mehrheit für irgendwen oder irgendetwas organisiert. Doch die Idee eines Spitzenkandidaten war von vornherein zum Scheitern verurteilt. Man kann eben nicht einfach etwas erfinden und die Verträge der EU, die etwas völlig anderes regeln, unangetastet lassen.
In Brüssel ist alles wie immer. Um die Spitzenposten wird geschachert. Bei der Wahl des Kommissionspräsidenten triumphiert Macron über Merkel, so berichten es die Medien. Europa ist eben nicht die Antwort, könnte man in Abwandlung eines schlechten Wahlkampfslogans sagen. In Europa prallen vielmehr die nationalen Interessen ganz offen aufeinander. Bisher gaben die deutschen Oberlehrer stets den Ton an. Das hat sich mittlerweile geändert. Die Lame Duck Merkel hat mit Manfred Weber und Jens Weidmann, der für den Posten des EZB-Chefs gehandelt wird, ordentlich daneben gegriffen. (…)
Über den einflussreichen Spitzenbeamten Martin Selmayr wird aber nur wenig diskutiert.
Der Generalsekretär der EU-Kommission, der unter skandalösen Umständen und ohne Beteiligung des Parlaments an seinen Top-Job gelangte, ist auch verantwortlich dafür, dass die mittlerweile vom EuGH abgelehnte deutsche Pkw-Maut von der Kommission überraschend gebilligt wurde. Manfred Weber und Martin Selmayr im Duett, das wäre der Albtraum unter den Albträumen. Zudem stimmt der Eindruck einfach nicht, dass die Deutschen bei der Besetzung der Posten seit längerer Zeit zu kurz gekommen wären. Mit diesem Mythos hat schon Eric Bonse im letzten Jahr aufgeräumt.
Deutsche führen die Europäische Investitionsbank, den Euro-Rettungsschirm, den Rechnungshof und das Sekretariat im Europaparlament, wo fast alle Fraktionen von Deutschen geführt werden.
Es ist höchste Zeit für weniger deutschen Einfluss in der Europäischen Union.
Quelle: TauBlog

Anmerkung Jens Berger: *Besonders grotesk ist, dass nun ausgerechnet die EVP in der Position ist, sich selbst als Gralshüter der parlamentarischen Demokratie auf europäischer Ebene zu feiern.*

6. **Der griechische Kanarienvogel**
Griechenlands Wirtschaft leidet immer noch unter dem Spardiktat, während seine Staatsanleihen hohe Erträge abwerfen. Diese Diskrepanz muss Ökonomen und Politikern zu denken geben. Sie sollten Griechenland so sorgfältig beobachten wie

einst Bergleute den Kanarienvogel in der Kohlemine. Wenn der von der Stange fiel, drohte Gefahr. (…)
Da 85 Prozent der griechischen Schulden außerhalb der Märkte liegen, Rückzahlungen auf die Zeit nach 2032 verschoben wurden und weitere 30 Milliarden Euro an offiziellen Krediten an die griechische Regierung vergeben werden, damit ihre Rückzahlungen an alle gedeckt sind, können sich Investoren auf den kleinen Teil der griechischen Schulden konzentrieren, der sich noch in privater Hand befindet. Solange die griechische Regierung den europäischen Behörden unterworfen ist, können Händler kein Geld bei Anleihen verlieren, die Griechenland mit Zinsen von über 3 Prozent ausgibt, zu einer Zeit, in der sich die Renditen deutscher Bundesanleihen um die Null bewegen.
Die meisten Kommentatoren sind entschlossen, optimistisch zu bleiben, und verweisen darauf, dass die durchschnittliche griechische Schuldenlaufzeit 26 Jahre beträgt. Das sei mehr als die sieben Jahre für Italien und Spanien oder zehn Jahre für Portugal. Die griechische Wirtschaft habe somit die Chance, sich richtig zu erholen. Was sie verschweigen, sind die unmöglichen Sparauflagen, die für griechischen Gläubiger verbunden sind: permanente primäre Haushaltsüberschüsse (ohne Schuldentilgung) von 2,2 bis 3,5 Prozent des BIP bis 2060. Mit anderen Worten: griechische Unternehmen müssen weiterhin durchschnittlich 75 Prozent ihrer Gewinne (einschließlich Sozialversicherungsbeiträge) an den Staat zahlen, während die Gesamtsteuerbelastung im benachbarten Bulgarien nicht mehr als 22 Prozent beträgt. Kurz gesagt ist Griechenland vom „Ground Zero“ der Eurokrise und dem besten Beispiel für ihr Missmanagement durch die EU-Behörden zu einem perfekten Beispiel dafür geworden, wie finanzielle Überschwänglichkeit auf dem Rücken wirtschaftlichen Elends ausgetragen werden kann. Der beunruhigendste Aspekt dieser Disparität ist, dass gewinnorientierte Händler nicht falsch liegen, wenn sie die Wertpapiere eines untergehenden Landes aufkaufen. Aus ihrer kurzfristigen Perspektive ist es ein unwiderstehliches Spiel – und ihre Gewinnmarge gibt ihnen recht. Doch nur weil Händler mit griechischen Vermögenswerten eine Menge Geld machen, verbessert sich die zugrunde liegende Realität nicht.
Quelle: Yanis Varoufakis in Gegenblende

7. **22 Millionen Millionären gehört die Hälfte des weltweiten Vermögens**
Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer mehr auseinander. So ist die Zahl der Millionäre im vergangenen Jahr erneut gewachsen, wie aus dem am Donnerstag veröffentlichten “Global Wealth Report” der Beratungsfirma Boston Consulting (BCG) hervorgeht. Demzufolge gab es 2018 insgesamt 22,1 Millionen Millionäre auf der Welt, ein Plus von zwei Prozent.
Zwei Drittel dieser Millionäre leben in den USA. “Dahinter folgen mit den meisten

Millionärshaushalten China (1,3 Millionen), Japan (1,1 Millionen) und die Schweiz (0,5 Millionen)", heißt es in der am Donnerstag veröffentlichten Studie. Mit 0,4 Millionen Reichen landeten Großbritannien, Frankreich, Italien, Kanada und Deutschland auf Platz fünf.
Dabei besitzen die US-Amerikaner 74 Billionen Dollar und die Chinesen 18 Billionen Dollar. Das Finanzvermögen aller Deutschen ist der Studie zufolge 2018 um 1,9 Prozent auf 6,5 Billionen Euro gestiegen. Die Deutschen legten 41 Prozent ihres Finanzvermögens auf Sparkonten oder bar zurück, fast gleich viel hätten sie in Pensionskassen und Lebensversicherungen, nur 19 Prozent in Aktien. (…)
Die 22,1 Millionen Millionäre – etwa drei Promille der Weltbevölkerung – besitzen laut BCG etwa die Hälfte des weltweiten Vermögens. Vor drei Jahren waren es nur 43 Prozent.
Das private Finanzvermögen in Bargeld, Aktien, Wertpapieren und Fonds sei 2018 um 1,6 Prozent auf gut 206 Billionen Euro gewachsen, teilte BCG weiter mit. Damit ist das Vermögen der Reichen allerdings langsamer gewachsen als noch im Vorjahr, als das Plus noch sieben Prozent betrug. Grund für den Dämpfer war zum einen die Talfahrt an den Aktienmärkten zum Ende des Jahres, die auch auf die Anlageportfolios durchschlug. Zudem wachse die Wirtschaft in Asien langsamer als zuletzt und die niedrigen Zinsen in Teilen Europas lasteten auf den Vermögen.
Quelle: manager magazin

8. **Quandt-Familie will BMW vor fremden Investoren schützen**
Es sind die Sorgen der Superreichen. Vor allem, wenn es sich um über mehrere Generationen angehäuftes Vermögen handelt, das auf die Nachkommen übertragen werden soll. Die BMW-Hauptanteilseigner Susanne Klatten und Stefan Quandt haben jetzt in einem Interview mit dem „Manager Magazin" klargestellt, dass sie sich als „unternehmerische Aktionäre" bei dem bayerischen Automobilkonzern verstehen und die Langfristperspektive im Blick hätten.
Mit Blick auf einen möglichen Todesfall und die Erbschaftsteuer erklärte Stefan Quandt, dass alle möglichen Vorkehrungen getroffen würden, „dass wir dann nicht an die Substanz gehen müssen". Der 53-jährige Milliardär warnt davor, dass sich die Anteilsverhältnisse am Konzern andernfalls ändern könnten: „Täten wir das nicht, könnten plötzlich weite Teile von BMW den Chinesen oder arabischen Scheichs gehören", die dann möglicherweise die Aktienpakete aufkaufen würden, falls die Erbschaftsteuer in Cash fällig wäre.
„Das kann volkswirtschaftlich und gesellschaftlich nicht der richtige Weg sein", sagte der Unternehmer in einem gemeinsamen Interview mit seiner Schwester im „Manager Magazin". Daher hoffe er, dass BMW auch in der nächsten Generation einen Großaktionär Quandt habe.

Die Geschwister als BMW-Hauptanteilseigner versuchen offensichtlich zu wiederholen, was ihre 2015 verstorbene Mutter Johanna Quandt vorexerzierte. Über eine zeitliche Streckung der Vermögensübertragung wurden dabei fällige Steuern über Jahre verteilt und möglichst niedrig gehalten. Wie viel Schenkungsteuer ihr Familienzweig bezahlt hat, deckten die Geschwister, die zusammen knapp 47 Prozent am BMW-Kapital halten, nie auf.
Quelle: Welt

Anmerkung J.K.: *Die armen Superreichen mussten Schenkungssteuern zahlen. Ist das nicht erschütternd? Dabei wollen Quandt/Klatten mit ihren Milliarden doch nur BMW vor fremden Investoren schützen. Als was soll man so etwas bezeichnen? Hofberichterstattung? Journalismus ist das sicher nicht.*

9. **„Ein vergiftetes Angebot" – Die Reaktionen auf den Mietendeckel der Deutsche Wohnen**
   Die Deutsche Wohnen kommt dem Mietendeckel des Berliner Senats mit eigenen Maßnahmen zuvor. Dafür erntet der Immobilienkonzern viel Kritik – aber auch Lob. […]
   „Es handelt sich um ein vergiftetes Angebot", kritisierte etwa Katrin Schmidberger, Sprecherin für Wohnen bei den Grünen: „Die Deutsche Wohnen versucht, ihre Anleger zu beruhigen, indem sie notgedrungen eigene Vorschläge zur Wohnungspolitik unterbreitet." Das Unternehmen wolle mit dem Vorstoß bloß die Einführung des Mietendeckels torpedieren, sagte sie dem Tagesspiegel.
   Ähnlich sieht das auch das Bündnis „Zwangsräumung verhindern". Auf Twitter schrieben die Aktivisten am Sonntag: „Die Deutsche Wohnen will einen eigenen Deckel einführen, jetzt wo der berlinweite Mietendeckel beschlossen ist. " Das klinge nach dem peinlichen Versuch, den Image-Schaden zu begrenzen ohne die Profitgier abzulegen. […]
   Ob Mieter mit diesem Argument auch nachträglich ihre Miete senken können – etwa, wenn sie schon jetzt mehr als 30 Prozent für das Wohnen ausgeben – lässt das Papier offen. Das bemängelt auch Rouzbeh Taheri, Sprecher der Initiative „Deutsche Wohnen und Co enteignen". Er verweist auf die vielen offenen Fragen. Mit unzureichenden Zugeständnissen versuche das Unternehmen jetzt noch, den stadtweiten Mietendeckel zu verhindern.
   Unklar ist auch, wie das Unternehmen die Finanzlage seiner Mieter überprüfen will.
   Quelle: Tagesspiegel
10. **No 417**
   "Deutschland steht vor einer neuen Wohnungsfrage. Der anhaltende Boom am

Immobilienmarkt spaltet die Gesellschaft in Gewinner und Verlierer. Auf der einen Seite haben die Preissteigerungen seit 2011 deutsche Immobilienbesitzer um etwa 3 Billionen Euro reicher gemacht. Diese Vermögenzuwächse entsprechen in etwa dem deutschen Bruttoinlandsprodukt eines Jahres und übersteigen die gesamte deutsche Staatsverschuldung um gut eine Billion Euro. Mehr als die Hälfte der Kapitalgewinne entfiel auf die reichsten 10% der Deutschen, aber auch Haushalte der oberen Mittelschicht (80stes Perzentil) haben stark profitiert. Ihr Vermögen ist durch den Boom um etwa 50% auf 380.000 Euro gestiegen. Städtische Mieterhaushalte mit geringem Einkommen sind die großen Verlierer des Booms. In den Städten sind die Mieten im letzten Jahrzehnt dort am stärksten gewachsen, wo einkommensschwache Haushalte leben (>>Gentrifizierung<